

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 18. Oktober 2018
jf/F.4-175

Antrag: Klare Regeln für Dieselfahrverbote

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Der Rat der Stadt fordert die Bundesregierung auf, möglichst kurzfristig eine einheitliche Lösung für Fahrverbote von Diesel-PKW vorzulegen. Dabei ist zu gewährleisten, dass diese für die Kommunen umsetzbar sind.

Begründung:

VW, Audi, Mercedes, BMW, Porsche und Opel. Alle stecken tief drin in der Dieselfaffäre. Gerade zahlte Audi 800 Millionen Euro Strafe und Opel musste 100.000 Fahrzeuge in Deutschland zurückrufen.

Trotz aller Strafen, Rückrufaktionen, etc., eine wirkliche Lösung ist nicht in Sicht. Weder ist klar wie die Luft schnell sauberer werden soll, noch wie die Besitzer der Dieselfahrzeuge entschädigt werden. Dabei muss ein klarer sein. Wer geltendes Recht bricht muss die Strafe und den Schaden tragen.

An diesem Punkt verweisen wir daher noch einmal auf den Beschluss des Rates vom 7.5.2018:

Der Rat der Stadt fordert die Bundesregierung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Hersteller von Diesel-PKW, bei denen die Werte zur Schadstoffarmut nicht eingehalten wurden, dazu zu verpflichten, die Nachrüstungskosten zur Herstellung der zugesagten Schadstoffwerte zu übernehmen. Sollten dazu gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sein, sind diese einzuleiten.

Im Frühjahr war sich die Politik in Berlin und darüber hinaus noch einig. Es war politisch gewollt Fahrverbote zu vermeiden. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass in Berlin, Frankfurt, Stuttgart und Hamburg gerichtlich angeordnet wurde Fahrverbote zu erlassen, weil die Grenzwerte für Stickoxid regelmäßig überschritten werden. Die nächsten Fahrverbote deuten sich auch schon an. Unsere Nachbarstadt Köln bereitet sich schon darauf vor.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist sicher, dass die gesetzlich zulässigen Stickoxidgrenzwerte in 37 Städten überschritten werden. Auch Leverkusen gehört dazu. Schon in Vorbereitung des Leverkusener Luftreinhalteplans hat sich der Rat daher Maßnahmen geeinigt um den Stickoxidausstoß zurückzufahren. Vor gerichtlich angeordneten Fahrverboten sind wir jedoch nicht gefeit.

Die Gerichte machen den Städten aktuell die Auflage Fahrverbote für bestimmte Strecken auszuweisen. Dadurch wird deutlich, dass die Grenzwerte für Stickoxide in der Luft rechtlich bindend und sanktionsbewehrt sind – es werden jedoch die Falschen zu Schuldigen gemacht.

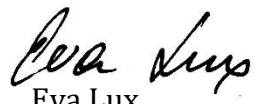
Ebenso bleibt die Frage wie sollen diese Fahrverbote funktionieren? Die Konsequenzen eines allgemeinen Fahrverbots sind nicht auszumalen. Und deshalb geht das Geschacher los: Ausnahmegenehmigungen für Handwerker, für das Logistikgewerbe und so weiter. Nur irgendwann ist kaum noch nachvollziehbar, warum nur die privaten Haushalte auf ihr Auto verzichten sollen.

Es braucht daher klare gesetzliche Regelungen für diese Fahrverbote. Der Rat der Stadt Leverkusen muss daher die Bundesregierung auffordern, möglichst kurzfristig eine einheitliche Lösung für Fahrverbote von Diesel-PKW vorzulegen. Dabei ist zu gewährleisten, dass diese für die Kommunen umsetzbar sind.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Eva Lux
Bürgermeisterin